

Der Regierung des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und vor allem dessen Partei SED-PDS können die Schultz-Skrupel nur recht sein: Für die SED wären Schalcks Enthüllungen mitten im Wahlkampf der sichere Untergang.

Daß ihr ehemaliger Devisen-Finanzier im Westen laut redet, müssen sie dagegen nicht fürchten. Zum einen ist öffentliches Schweigen, womöglich abgesichert mit indiskreten Aufzeichnungen in einem Banktresor, Schalcks beste Überlebensgarantie vor den Nachstellungen seiner früheren Arbeitgeber. Zum anderen muß der ehemalige DDR-Außenhändler fürchten, beim Plaudern über seine Vergangenheit rasch das Interesse der westdeutschen Justiz an seinen eigenen Machenschaften zu wecken.

Reden mag Schalck-Golodkowski vorerst nur im Untergrund. Viele Dienste, sagte Generalstaatsanwalt Schultz nach der Freisetzung des Ex-Funktionärs, seien an Schalck interessiert.

Nicht die westdeutschen Schnüffler von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz haben das Rennen gemacht, so scheint es, sondern die Alliierten.

SED/DKP

Was Feines

Nun ermittelt auch das Bundeskriminalamt bundesweit gegen Mitglieder einer geheimen „Militärischen Organisation“ der deutschen Kommunisten.

Auf der Kreismitgliederversammlung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Kasseler Olof-Palme-Haus ging es hoch her. Die Genossen stritten über einen SPIEGEL-Bericht (1/1990), in dem der Aufbau einer geheimen „Militärischen Organisation“ (MO) von SED und DKP beschrieben worden war.

Den heftigen Disput beendete Jürgen Stumpf, IG-Metall-Mitglied und Betriebsrat im VW-Werk Kassel, mit einer „detaillierten Schilderung“ über ein geheimes Anwerbungsgespräch, das SED-Funktionäre 1985 in Ost-Berliner konspirativen Wohnungen mit ihm geführt hätten. Stumpf: „Es gab die strenge Anweisung, mit niemandem darüber zu reden und keine Notizen zu machen.“

Stumpf, 35, der die DKP unlängst verlassen hat, wurde zwar nicht für die MO rekrutiert, die in der Bundesrepublik Entführungen und Terrorakte ausführen sollte. Sein Bericht aber „erregte große Betroffenheit bei den Genossen“, so ein Versammlungsteilnehmer, einige traten spontan aus der DKP aus.



DDR-Verteidigungsminister Hoffmann
Geheimster Geheimdienst

In der desolaten Partei ist seit der Enthüllung der militärischen Ausbildung von DKP-Mitgliedern, die in einem Camp am Springsee südwestlich von Frankfurt/Oder an Sprengstoffen und Waffen aller Art gedrillt wurden, „der Bär los“, so ein Hamburger Kommunist. Während Parteioberer mit immer neuen Verrenkungen die Existenz der illegalen Partisanentruppe bestreiten, vertrauen sich mehr und mehr Parteisoldaten ihren Genossen an: „Ich war dabei.“

So ist etwa der ehemalige DKP-Kreisvorsitzende in Kassel, Burghardt Hollstein, „zu einem Kadergespräch über militärische Fragen nach Berlin gereist“, wurde aber nicht rekrutiert. Der langjährige DKP-Funktionär Steffen Lehnendorf, bis vor kurzem Parteivorsitzender in Köln, hatte schon früher von „verdichteten Gerüchten“ erfahren, nach denen es für ausgewählte Genossen „Schießübungen in der DDR gab“. Ein ehemaliger Parteifreund berichtete ihm jetzt, er habe von der MO gewußt und kenne die Details.

Viel Stoff über die geheime Truppe sammelt sich auch bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft. Dort packte zur Jahreswende einer von mehreren SPIEGEL-Informanten (Deckname: Lothar Oertel) aus, den das DKP-Parteiblatt *Unsere Zeit* (UZ) als den langjährigen DKP-Funktionär Willi Herrmann erkannt haben will. „Bisher haben sich wesentliche Teile der Aussagen“, so Behördensprecher Jochen Schroers, „als richtig herausgestellt, aber wir sind noch weiter beim Abklären.“

Dabei hilft den Juristen, die „mit Voll-dampf“ wegen „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“ (Höchststrafe: fünf

Jahre Haft) ermitteln, seit vergangener Woche das Bundeskriminalamt (BKA). Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wurde die BKA-Abteilung Staatsschutz in Meckenheim mit bundesweiten Nachforschungen beauftragt. Oertel, der Anfang des Monats maschiert in der TV-Talkshow „III nach 9“ Rede und Antwort stand, hat den Ermittlern weitere Namen von MO-Mitkämpfern genannt.

Auch beim hessischen Verfassungsschutz haben sich Erkenntnisse über die kommunistischen Paramilitärs „ernsthaft verdichtet“. Dennoch ist zwischen verschiedenen Verfassungsschutzämtern eine Kontroverse entflammt, die von Insidern als „Krieg der Dienste um die MO“ beschrieben wird.

Im Kölner Bundesamt wissen Beamte, daß der hessische Verfassungsschutzchef Gün-

ther Scheicher den Präsidenten der Oberbehörde, Gerhard Boeden, schon aufgefordert hat, „merkwürdige Dementis“ zu unterlassen. Boedens Amt hatte sich in einer vorschnellen Reaktion auf die Enthüllungen darauf versteift, die Schilderungen über die Militärorganisation seien wenig wahrscheinlich. Gegenbeweise aber haben die Kölner Verfassungsschützer bisher nicht präsentiert.

Mehrere Dienststellen sind nun damit befaßt, über die zum Teil registrierten Reisen von DKP-Funktionären in die DDR weitere MO-Mitglieder aufzuspüren. Scheicher gibt den Untergrundpartisanen einen Rat: „Die sollen sich offenbaren, bevor die Behörden vor der Tür stehen – dann ist es zu spät.“

Auch die neue SED-PDS-Führung in Ost-Berlin forscht dem MO-Ursprung nach. Parteichef Gregor Gysi ließ die Unterlagen im einstigen SED-Zentralkomitee nach einer schriftlichen Vereinbarung zur Gründung der Geheimtruppe durchforsten. Einen heißen Tip erhielt er von den eigenen Genossen.

Der Aufbau der MO, so der Hinweis an Gysi, gehe auf eine mündliche Absprache zwischen dem damaligen SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und dem Anführer der verbotenen westdeutschen KPD, Max Reimann, zurück. Später hätten SED-Chef Erich Honecker und der DKP-Vorsitzende Herbert Mies den konspirativen Pakt erneuert.

Ausbildung und Führung der MO, erfuhr Gysi weiter, seien dem Ost-Berliner Ministerium für Nationale Verteidigung übertragen worden. Dort habe die „Verwaltung Aufklärung“ den Aufbau der Militärorganisation mit Mitgliedern der DKP betrieben:

Die „Verwaltung Aufklärung“ ist der geheimste der DDR-Geheimdienste. Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst, die Verfassungsschutzämter und der Militärische Abschirmdienst wissen darüber nicht viel mehr, als daß rund 800 DDR-Offiziere, neuerdings verstärkt durch etwa 1000 Schnüffler aus der bisherigen Staatssicherheit (Stasi), ungebrochen im militärischen Raum spionieren. Scheicher über den gegnerischen Dienst: „Das ist was Feines.“

Als Gysi Fahnder Nachforschungen im DDR-Verteidigungsministerium anstellen wollten, erfuhr die SED-PDS-Führung, daß ihre Macht neuerdings Grenzen hat. Verteidigungsminister Theodor Hoffmann (SED-PDS) verweigerte schlangweg den Zugang zu den Unterlagen seines Hauses, Begründung: Es herrsche nun strikte Trennung von Staat und Partei.

Hoffmann sagte Gysi aber zu, er werde den Fall in seinem Hause prüfen lassen. Gysi geht davon aus, „daß selbst bei strenger Geheimhaltung“ im Verteidigungsministerium „auch Schriftliches“ zur MO existieren müsse.

Selbst das DKP-Wochenblatt *UZ* berichtete vorletzte Woche erstmals über „Hinweise aus den Reihen der DKP“, daß „einzelne Mitglieder der Partei – bevorzugt solche mit militärischer Erfahrung aus der Bundeswehr – von Geheimdiensten der DDR angesprochen“ worden sein sollen, um konspirative Einsätze in der Bundesrepublik zu absolvieren. „Gerüchten zufolge“ habe es auch eine „Kampfgruppenformation der SED“ gegeben.

DKP-Mitglieder, so die *UZ* weiter, hätten „angeblich schon vor längerer Zeit damit geprahlt, zu wissen, wie man eine Kalaschnikow bedient“. Auch „Verpflichtungserklärungen des Staatssicherheitsdienstes“ für „die angeworbenen Kommunisten“ aus Westdeutschland habe es wohl gegeben. Die *UZ*: Dies sei „eine bei Geheimdiensten in aller Welt gängige Praxis“.

In der *UZ*-Ausgabe vom vergangenen Freitag ging das DKP-Präsidium auf Distanz – zum eigenen Zentralorgan. Mit „dieser Art der Wiedergabe von Gerüchten“, kritisierten die DKP-Führer, spiele man nur „den Drahtziehern der Kriminalisierungskampagne gegen die DKP“ in die Hände. „Eine geheime Militär-Organisation der DKP“ habe es nicht gegeben, stets seien Parteimitglieder angewiesen worden, „Anwerbungsversuche in- und ausländischer Geheimdienste zurückzuweisen“. Ein Verstoß gegen diese Regel hätte „den sofortigen Ausschluß wegen parteischädigenden und kriminellen Verhaltens zur Folge gehabt“.

Exakt so lautete, wie mehrere ehemalige MO-Partisanen übereinstimmend berichten, die Sprachregelung für den Fall, daß die Geheimorganisation auffliegen

würde: Die Partei dementiert jegliches Mitwissen, die enttarnten militärischen Kader werden als Kriminelle hingestellt.

„Dabei ist in dieser Partei nichts passiert“, weiß Dieter Dörflinger, DKP-Bezirksschef von Rheinland-Pfalz, „was nicht die Billigung von Herbert Mies gehabt hat.“

Affären

Die großen Unbekannten

Gartenbau auf Staatskosten und Frankfurter Bordellgeschäfte bringen den hessischen Ministerpräsidenten Wallmann in Bedrängnis.

Walter Wallmann, 57, wollte alles wegräumen, was ihm in letzter Zeit vorgeworfen worden war. Der hessische Ministerpräsident holte weit aus.

„Ich bin nie in meinem Leben in einer Entziehungskur gewesen“, versicherte der Christdemokrat bei einer Pressekonferenz am Dienstag letzter Woche, „bin nie ein Alkoholiker gewesen.“

Ohne daß einer der Journalisten danach gefragt hatte, beteuerte der CDU-Landesvorsitzende auch, daß die Verwaltung seiner Vermögenswerte durch die Deutsche Bank „nach Art und Umfang sich nicht von der mit anderen Bankkunden üblicherweise vereinbarten Aufträgen unterscheidet“. Das hatte sich Wallmann von dem Geldinstitut schriftlich geben lassen.

Der Ministerpräsident, der sich offensichtlich in die Enge getrieben fühlte,

stellte auch klar, daß er während seiner Zeit als Frankfurter Oberbürgermeister, von 1977 bis 1986 an den Grundstücksgeschäften der Stadt mit Bordellbesitzern selber nicht beteiligt war: Diese Leute, sagte er, „kenne ich nicht“.

Wallmann gab zwar zu, was der SPIEGEL (3/1990) kurz zuvor aufgedeckt hatte: daß der CDU-Politiker den Garten seiner Privatvilla in Frankfurt jahrelang auf Staatskosten hatte pflegen lassen und für eine städtische Haushälterin jahrelang keinen Pfennig aus eigener Tasche zahlte. Die Frau betreute Wallmanns Heim auch während seiner Zeit als Minister in Bonn – aber nur deshalb, so versuchte der Landsvater sich zu rechtfertigen, weil damals „eine andere Verwendung für sie nicht da“ war.

In der Pressekonferenz bestand Wallmann (Jahresgehalt: 247 000 Mark) darauf, daß ihm dieser Service auf Kosten des Steuerzahlers zustehe. Gegen die Auffassung empörter *Bild*-Leser, die nach einer Telefon-Umfrage mit großer Mehrheit forderten, er solle die Kosten aus eigener Tasche erstatten, erklärte Wallmann: „Ich zahle nichts zurück.“

Zwei Tage später erklärte er dann doch, er werde dem Fiskus 140 000 Mark zurückerstatten, da andernfalls „das Staatsamt unter den fortgesetzten Diffamierungen leidet“.

Tatsächlich gibt es für die staatlichen Zuwendungen zum „Klein-Wandlitz“ des Ministerpräsidenten offensichtlich keine Rechtsgrundlage. Nach einem Erlaß sind Repräsentationsräume „nur in der Amtswohnung zulässig“, die der Ministerpräsident in seiner Wiesbadener Dienstvilla nutzt.

Wegen einer weiteren staatlichen Alimentierung geriet Wallmann letzte Woche in Bedrängnis: Amtsjuristen prüften, ob sich der Christdemokrat, zumin-

dest wegen der Haushaltshilfe während seiner Bonner Amtszeit, der Veruntreuung öffentlicher Mittel schuldig gemacht und womöglich Steuern für die unberechtigten Zuschüsse hinterzogen habe.

Wiesbadener CDU-Strategen dachten schon darüber nach, wer den in die Klemme geratenen Ministerpräsidenten, der in der Hessen-CDU ohnehin nicht sonderlich beliebt ist, notfalls ablösen sollte. Sie befürchten, Wallmann werde bis zu den Landtagswahlen im



Ehepaar Wallmann*: „Fortgesetzte Diffamierung“

* Mit Rauhaardackel Schlingel.